

Datenschutzinformation

Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Stadt Bad Schwartau.

Wir freuen uns, dass Sie sich an einem Vergabeverfahren der Stadt Bad Schwartau beteiligen möchten.

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt Bad Schwartau sowie die ausschreibenden Dienststellen/Ämter der Stadt Bad Schwartau verarbeiten im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen neben unternehmensbezogenen Daten auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer Daten informieren.

Diese Datenverarbeitung unterliegt den Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie dem Schleswig-Holsteinischen Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (LDSG).

1. Verantwortlicher

Stadt Bad Schwartau, der/die Bürgermeister/in, Markt 15, 23611 Bad Schwartau,
Tel.: 0451 / 2000-0, E-Mail: stadtverwaltung@bad-schwartau.de.

2. Datenschutzbeauftragte/r

Stadt Bad Schwartau, Datenschutzbeauftragte/r, Markt 15, 23611 Bad Schwartau,
Tel.: 0451 / 2000 2014; E-Mail: datenschutz@bad-schwartau.de.

3. Datenerfassung

Wenn Sie an der Ausschreibung teilnehmen, erheben wir folgende Daten von Ihnen bzw. Ihren Mitarbeitern:

- Anrede, Vorname, Nachname, (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Eignung (Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen, Gesundheitszustand)
- Vertragsbeziehungen.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

4. Übermittlung an Dritte

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 46 Abs. 1 UVgO, § 19 EU Abs. 2 VOB/A oder gemäß § 134 GWB über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
- Wettbewerbsregister: Abfrage bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen.
- Veröffentlichung im Vergabeportal DTVP (Deutsches Vergabeportal) (www.dtv.de), dem Portal des Bundes (service.bund.de) und dem EU-Amtsblatt (www.ted.europa.eu). Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben erfolgen die vorgeschriebenen Veröffentlichungen zu vergebenen Aufträgen sowie zu Nachträgen bzw. zu Änderungen während der Vertragslaufzeit. Diese Informationen enthalten i.d.R. zumindest den Namen des beauftragten Unternehmens.
- Destatis: Vergaben ab einem Auftragswert von 25.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) unterliegen der Vergabestatistikverordnung (VergStatVO) und damit der Meldepflicht. Entsprechende Vergaben werden an das Statistische Bundesamt (Destatis) übermittelt.
- Nachprüfungsstelle bei behaupteten Verstößen gegen die Vergabebestimmungen.
- Gerichte im Falle von Klagen.

Des Weiteren können im Rahmen von Vergabeverfahren extern beauftragte Dritte (z.B. Architekten, Ingenieure, Projektsteuerungen sowie sonstige Berater beteiligt sein, z.B. im Rahmen der Prüfung und Wertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten.

Die beteiligten, externen Dritte werden von den ausschreibenden Dienststellen/Ämtern auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

Die Beteiligten und Nachunternehmer werden von den ausschreibenden Dienststellen auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

5. Dauer der Verarbeitung und Speicherung von personenbezogenen Daten

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergaben.

6. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- a. Gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, Informationen über den Empfänger Ihrer offengelegten Daten, die geplante Speicherdauer und ggf. Informationen zu aussagekräftigen Einzelheiten zu verlangen;
- b. Gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- c. Gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- d. Gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- e. Gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- f. Gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen und
- g. gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

7. Widerspruch

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Sie ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation von uns umgesetzt wird.